

Protokoll des Gesprächs zwischen der Stadt und der Initiative „Lange 17“

Datum: 24.10.13

Uhrzeit: 15.02 – 15.55 Uhr

Ort: Zimmer des Bürgermeisters

Protokoll: Fabian de Planque

Anwesenheit:

Kay Tischer (Bürgermeister), Reinhard Schramm (Stadtratsmitglied, SPD-Fraktion), Ingolf Krause (Kulturamtsleiter), Rainer Zobel (Beigeordneter der Landrätin des Ilmkreises), Fabian de Planque (Kinder- und Jugendbeirat, Studierendenrat der TU Ilmenau), Alina Zhykhar (Kinder- und Jugendbeirat), Christina Dennefeld (Initiative „Lange 17“), Martin Anders (Initiative „Lange 17“)

Die Zusammenkunft beginnt mit einer kurzen Vorstellungsrunde.

Kay Tischer:

Der Bürgermeister leitet das Gespräch ein und gibt eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse vom Samstag.

Am 19.10.13 habe die Besetzung des Hauses in der Langewiesener Straße 17 stattgefunden, das am Abend nach Gesprächen mit dem Bürgermeister und der Polizei vor dem Hintergrund der Gesundheitsgefahr durch Pilzbefall freiwillig wieder verlassen worden sei. Gleichzeitig habe der Bürgermeister der Initiative „Lange 17“ schriftlich einen Gesprächstermin zugesichert.

In diesem Zusammenhang kritisiert Tischer, dass die Initiative „Lange 17“ fälschlicherweise öffentlich kommuniziert habe, die Stadt biete Alternativen zum Haus in der Langewiesener Straße 17. Dies sei keineswegs der Fall und er bitte um Richtigstellung.

Bei der Aktion am Samstag seien thüringenweit aus der Hausbesetzerszene bekannte, teils strafrechtlich auffällige Aktivistinnen und Aktivisten präsent gewesen, wie ihm die Polizei bestätigt habe. Er habe den Eindruck, es seien größtenteils Aktivistinnen und Aktivisten von außerhalb an der Hausbesetzung beteiligt gewesen.

Martin Anders:

Anders entgegnet, bei der Aktion seien höchstens zwanzig bis dreißig Prozent Aktivistinnen und Aktivisten von außerhalb beteiligt gewesen. Der Großteil seien junge Leute aus Ilmenau gewesen. Es habe keinen Anlass gegeben, die Anwesenden von außerhalb von der Aktion auszuschließen, zumal sich alle friedlich verhalten hätten.

Kay Tischer:

Tischer weist darauf hin, dass Hausbesetzung eine strafbare Handlung darstellt und die Aktivistinnen und Aktivisten auch mit einer Strafe hätten rechnen müssen. Das Anliegen der Aktion habe nachvollziehbare Gründe, aber der Weg sei falsch. Er fragt die Mitglieder der Initiative „Lange 17“, aus welchem Grund sie dieses Vorgehen gewählt hätten und nicht schon vor Monaten mit ihrem Anliegen direkt vor die Stadt getreten seien.

Martin Anders:

Anders erklärt, dass es öffentlichkeitswirksamer Mittel bedürfe, um Bewusstsein für die Missstände zu schaffen. Mit einer Anfrage bei der Stadt könnten sich die Betroffenen kein Gehör verschaffen. Außerdem habe es viel Zuspruch, positive Rückmeldung und Unterstützung von Passantinnen und Passanten, Nachbarinnen und Nachbarn gegeben. Sicherlich sei es nicht richtig, einfach in ein Gebäude einzuziehen, das einem nicht gehört. Doch habe die Initiative „Lange 17“ unter anderem das Vorhaben, sozialen Wohnraum zu schaffen und unkommerziell Projekträume zur Verfügung zu stellen. Niemand solle dafür enteignet werden.

Kay Tischer:

Dieses Projekt sei aus seiner Sicht utopisch. Die Ideen klingen gut, aber die Stadt könne derzeit kein einziges leerstehendes Objekt in Hand der Stadt zur Verfügung stellen. Zurzeit leerstehende Objekte seien zu annähernd hundert Prozent in Privatbesitz. Beweggrund für Leerstand könne unter anderem Spekulation sein.

Martin Anders:

Zunächst solle es die Möglichkeit geben, mit Eigentümerinnen und Eigentümern von Grundstücken bzw. leerstehenden Objekten zu sprechen und gemeinsam eine Lösung zu suchen. Einige Gebäude in Ilmenau seien eine Überlegung wert.

Kay Tischer:

Bei den Grundstücken gebe es wenig Hoffnung, da die Bodenrichtwerte in Ilmenau auf einem hohen Niveau seien.

Reinhard Schramm:

Frau H. bebaue Grundstücke sofort, spekuliere nicht. Ein Gespräch mit ihnen sei möglich, sie seien aufgeschlossen.

Kay Tischer:

Tischer zählt die Konflikte auf, die sich aus einer entsprechenden positiven Reaktion der Stadt auf die Hausbesetzung ergeben könnten.

Die Menschen, die sich am Bürgerhaushalt beteiligt haben, würden enttäuscht sein, dass es einer strafbaren Handlung bedürfe, damit sich etwas bewege, wohingegen das Prozedere des Bürgerhaushalts viel mehr Zeit in Anspruch nehme und Vorschläge mitunter nicht umgesetzt würden. Hier liege ein Kommunikationsproblem gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vor.

Tischer nennt als mögliche Folge eine Schlagzeile in Bild-Manier, in der über die Diskrepanz zwischen üblichen demokratischen Prozessen und Aktionen jenseits der Legalität geklagt werde.

Als weitere Folge der verstärkten Öffentlichkeit äußert Tischer die Annahme, dass

„Hausbesetzertouristen“ nach Ilmenau kommen würden und Straßenschlachten mit der Polizei an der Tagesordnung sein würden. Diese Gruppen würden den Menschen der Initiative „Lange 17“ das Projekt aus der Hand nehmen. Er wolle hingegen ein damit zusammenhängendes wöchentliches Großaufgebot der Polizei vermeiden. Die Presse berichte in der Folge der Ereignisse sowieso, was und wie sie wolle. Daher suche Tischer nach einer vernünftigen Lösung.

Martin Anders:

Anders wirft ein, dieses Szenario sei eindeutig übertrieben und entspreche nicht der Realität.

Kay Tischer:

Das Szenario habe er sich nicht selbst ausgedacht, sondern sei die Einschätzung der Polizei.

Reinhard Schramm:

Schramm merkt an, die Initiative habe die falschen Verbündeten. Eine Kooperation biete weniger Chancen, wenn man „im falschen Boot“ sitze. Er fasst zusammen, was die Projekte der Initiative „Lange 17“ seien: Es gehe darum, Wohnraum und Raum für Kunst und Kultur zu schaffen. Dabei solle der Wohnraum günstiger sein als es derzeit in Ilmenau der Fall sei. Er fragt sich, was genau die Gruppe erreichen wolle, nennt sicheres Wohnen. Die Aktionsform der Initiative „Lange 17“ sei falsch, doch anregend. Gerade in Ilmenau könne man immer vernünftig miteinander reden.

Kay Tischer:

Tischer sehe keine Probleme die Wohnsituation in Ilmenau betreffend.

Martin Anders:

Einige Menschen könnten sich das Wohnen nicht leisten. Bei steigenden Nebenkosten seien

immer mehr Studierende betroffen und hätten finanzielle Probleme selbst mit BAföG.

Kay Tischer:

Tischer habe selbst Erfahrungen mit hohen Mieten zu seiner Studienzeit in Jena gemacht.

Christina Dennefeld:

Dennefeld weist darauf hin, dass gerade die Stoßzeiten zu Semesterbeginn ein Problem seien. Hier könne das unkommerzielle Projekt neuen Studierenden eine Unterkunft auf Zeit bereitstellen.

Reinhard Schramm:

Schramm räumt ein, dass es eine begrenzte Anzahl von Wohnplätzen und günstigen Unterkünften in Ilmenau gebe, so die Unterkunft für Wohnungslose in der Naumannstraße, Jugendherberge und Schülerfreizeitzentrum. So könne eine Studentenherberge für „Problemfälle“ geschaffen werden, wobei die Sicherheit für Bewohnerinnen und Bewohner sichergestellt werden müsse.

Kay Tischer:

Dies sei dann nicht Aufgabe der Stadt, sondern einer Privatinitiative. Auf keinen Fall werde die Stadt Geld bereitstellen oder ein neues Gebäude errichten.

Martin Anders:

Die Initiative „Lange 17“ wolle kein Geld von der Stadt, sondern trage sich selbst durch Spenden. Es gelte das „Herr-im-Haus-Prinzip“ für die Initiative bei Einhaltung der gesetzlichen Standards.

Reinhard Schramm:

Da das Projekt einen moralischen Anspruch haben solle, könne finanzielle Unterstützung bei Sponsoren eingeworben werden. Unternehmen, die Profit generierten, seien ausgeschlossen.

Kay Tischer:

Zunächst solle die Initiative „Lange 17“ ein Objekt finden und vorschlagen und der Stadt ein Konzept für das kulturelle Zentrum vorlegen.

Reinhard Schramm:

Der Stadtrat könne sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Kay Tischer:

Die Stadt solle sich aus dem Prozess heraushalten, sei lediglich Vermittler.

Ingolf Krause:

Krause betont, dass die Initiative „Lange 17“ einen Raum für Subkultur schaffen und das Projekt selbstverwaltet organisieren wolle.

Martin Anders:

Es solle kein „Extremistenhotel“ entstehen.

Ingolf Krause:

„Extremisten“ warteten darauf, „auf den Zug aufzuspringen“.

Reinhard Schramm:

Es gebe eine Gruppe von Menschen, die oftmals „besoffen“ seien und sich „links“ nannten. Dies schade den ernsthaften Bestrebungen linker sozialer Projekte.

Ingolf Krause:

Es könnten Leute kommen, die nicht eingeladen seien. Man brauche sich lediglich in der Stadt umzuschauen.

Martin Anders:

Die Initiative „Lange 17“ spreche sich klar gegen Gewalt aus und wolle eine Schutzzone bieten. Beim Informationsstand in der Mensa sei ein Mitglied der Burschenschaft auf die Initiative „Lange 17“ zugekommen und habe Interesse an der Aktion gezeigt. Allerdings sei die Burschenschaft als Verband abzulehnen.

Reinhard Schramm:

Die Burschenschaft biete Menschen eine Bleibe, sei aber in ihrem Gebaren sehr kritisch zu sehen. Arme Menschen in Ilmenau müssten sich nicht schämen. Es solle ermittelt werden, ob es Gruppen mit Problemen gebe.

Kay Tischer:

Tischer sehe noch den Makel, dass auf dem Blog der Initiative „Lange 17“ zu Seiten verlinkt werde, auf denen Ilmenau in Artikeln „in den Dreck gezogen“ werde. Als eine der Seiten nennt er die der AGST. Er bitte um Distanzierung bzw. einen Disclaimer auf der Seite.

Martin Anders:

Der Disclaimer sei inzwischen eingefügt worden, sei anfangs schlichtweg vergessen worden.

Christina Dennefeld:

Dennefeld merkt an, dass die Verlinkungen viel Aufmerksamkeit bewirkten, räumt aber ein, dass die Inhalte zum Teil nicht gut seien.

Kay Tischer:

Inhalte seien „Müll“.

Rainer Zobel:

Aktion der Initiative „Lange 17“ ziehe auch „Trittbrettfahrer“ an. Mit der Hausbesetzung sei eine Publizität erreicht worden, die allerdings auch Verantwortung nach sich ziehe. Die Initiatorinnen und Initiatoren hätten die Pflicht übernommen, ihre Positionen klar und deutlich zu artikulieren. Zobel wolle ins Bewusstsein rufen, dass für die Initiative „Lange 17“ eine Aufgabe entstanden sei. Nicht alle, die bei der Hausbesetzung dabei gewesen seien, seien wirklich „Helfer“.

Christina Dennefeld:

Ein paar Beteiligte hätten sicherlich kein Interesse gehabt, ein Haus herzurichten oder Projekte zu organisieren.

Kay Tischer:

Es bestehe die Gefahr, „vor den falschen Karren gespannt zu werden“. Ein Rollenspiel zwischen der Gruppe und der Polizei könne entstehen, was Dialoge erschwere. In diesem Zusammenhang spricht Tischer von „Operation Holzauge“.

Ingolf Krause:

Die Stadt sei jederzeit zu Gesprächen bereit und vermittele lediglich bei der Objektsuche, stelle also den Kontakt zu Eigentümerinnen und Eigentümern her.

Kay Tischer:

Tischer bittet darum, dass in der Presse nicht stehen solle, die Initiative „Lange 17“ habe die Stadt dazu „gezwungen“, sie in ihrem Vorhaben zu unterstützen.

Reinhard Schramm:

Auch materielle Unterstützung von privater Hand sei wichtig.

Kay Tischer:

Tischer schlägt vor, alle Beteiligten und Unterstützerinnen wie Unterstützer zu fragen, zu wie viel Unterstützung für das Projekt sie bereit seien.

Ingolf Krause:

Entscheidend sei das Konzept, das die Initiative der Stadt vorlege.

Christina Dennefeld:

Dennefeld stellt die Frage, wie lange es dauern würde, bis der Kontakt zu den Eigentümerinnen und Eigentümern hergestellt sei. Sie äußert die Vermutung, dass die Stadtverwaltung als Behörde bis zu 6 Monate brauchen könnte.

Kay Tischer:

Dies sei kurzfristig möglich, so schnell es gehe.

Ingolf Krause:

Diese Aussage sei als ehrliches Angebot der Stadt zu verstehen. Es werde Bemühungen um schnelle Recherche geben.

Fabian de Planque:

De Planque wirft ein, es seien Hinweisschilder an maroden Immobilien und Grundstücken in der Stadt aufgestellt worden. Er fragt, ob diese registriert seien, wie viele bereits aufgestellt seien und ob es dort bereits Erkenntnisse gebe.

Kay Tischer:

Zwei Objekte seien ihm bekannt.

Rainer Zobel:

Eines davon sei das alte Fleischkombinat an der Oehrenstöcker Straße, bei dem es Schwierigkeiten in der Kommunikation mit dem Eigentümer gebe.

Ingolf Krause:

Krause betont, dass das Projekt der Initiative „Lange 17“ nach seinem Verständnis langfristig angelegt sein solle.

Reinhard Schramm:

Schramm regt an, den Grundstückskauf von Sponsoren finanzieren zu lassen. Er könne Tipps geben.

Kay Tischer:

Tischer weist auf die Bodenrichtwerte (pro Quadratmeter, ohne Bebauung) hin, die im Internet einsehbar seien. Bei Grundstücken mit maroden Gebäuden könnten die Abrisskosten sogar den Grundstückswert übersteigen.

Die Gruppe solle ihm das Konzept und die Vorschläge für Objekte an bgm@ilmenau.de schicken und könne sich etwa eine Woche Zeit lassen. Er bittet um die Einigung auf eine einheitliche Sprachregelung.

Ingolf Krause:

Die Stadt vermittele dann die Kontakte.

Reinhard Schramm:

Unternehmen könnten das Projekt unterstützen, die Initiative „Lange 17“ finde hier die „richtigen Partner“. Er könne bei der Suche unterstützen.

Kay Tischer:

Tischer resümiert, das Gespräch sei konstruktiv und in angenehmer Atmosphäre verlaufen.

Rainer Zobel:

Es gebe Ansatzpunkte und der Kreis stehe als Ansprechpartner zur Verfügung, sei verantwortlich in Fragen der Jugendsozialarbeit. Die Hausbesetzung sei dazu nicht nötig gewesen.

Ingolf Krause:

Krause erklärt, dass die Kinder- und Jugendhilfe sowie auch freie Träger unter Einflussnahme des Staates stünden, da sie von dessen finanziellen Mitteln abhängig seien. Gerade dies sei nicht Ziel der Initiative „Lange 17“.

Reinhard Schramm:

Ilmenau biete Möglichkeiten.

Kay Tischer:

Die Stadt sei eigentlich nicht verantwortlich, denn für den sozialen Wohnungsbau sei das Bauministerium zuständig und für Kinder- und Jugendhilfe der Kreis. Die Stadt werde auch keine Eigentümerinnen und Eigentümer enteignen. Tischer sehe es als seine Aufgabe, zu vermitteln. Dasselbe Gespräch sei ebenso vor Monaten möglich gewesen.

Rainer Zobel:

Aufgaben der Jugendhilfe könnten auch der Stadt übertragen werden.

Martin Anders:

Die Aktion habe für die nötige Aufmerksamkeit gesorgt.

Rainer Zobel:

Konsultation sei jederzeit möglich.

Kay Tischer:

Tischer spricht eine Einladung zum Hauptausschuss aus.

Martin Anders:

Er habe vor dem Gespräch die Befürchtung gehabt, es finde hauptsächlich „Geklüngel“ in der Runde statt.